

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr. 241/2010
02.09.2010

Renate Rastätter: Absenkung des Klassenteilers allein löst die Probleme nicht

Grüne: Noch kein Gesamtkonzept zur Unterrichtsversorgung erkennbar

"Die Absenkung des Klassenteilers darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es immer noch viele ungelöste Probleme bei der Unterrichtsversorgung im Land gibt", so Renate Rastätter, schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag. Die vor allem für die Grund- und Hauptschulen unverzichtbaren Lehrbeauftragtenmittel seien in diesem Jahr schon von 3 auf 2 Mio. € reduziert worden. Massive Kürzung der Lehrerstunden für die Brennpunkthauptschulen wurden bereits von Landesregierung beschlossen. Die Grünen befürchten deshalb wie die GEW erhebliche Verschlechterungen für den Ergänzungsbereich im kommenden Schuljahr. Rastätter: "Der Ergänzungsbereich ist aber kein Sahnehäubchen für bessere Tage. Gerade für sozial benachteiligte Kinder an Grund- und Hauptschulen sind differenzierte zusätzliche Förderangebote für eine Verbesserung ihrer Bildungschancen unverzichtbar. Dazu gehören auch erweiterte Bildungsangebote in den Bereichen Musik, Kunst, Sport und Theater. Wir fordern deshalb schon lange, wie die GEW auch, die verbindliche Aufnahme des Ergänzungsbereichs in die Stundentafel aller allgemein bildenden Schularten."

Für längerfristigen Unterrichtsausfall muss – so Rastätter - die Vertretungsreserve schrittweise erhöht werden. Die Mindestquote von 1,5 % reiche in den nächsten Jahren nicht mehr aus, wenn erfreulicherweise mehr junge Lehrkräfte in Elternzeit gehen.

Die Grünen fordern darüber hinaus mehr Flexibilität bei der Lehrereinstellung. Rastätter: "Es gibt keinen Grund, warum Realschullehrkräfte, die wegen der unzureichenden Einstellungsmöglichkeiten keine Anstellung bekommen, nicht für Mangelfächer an den Gymnasien eingestellt werden. Viele von ihnen wandern in andere Bundesländer aus und werden nicht mehr zurück gewonnen werden können. Angesichts der sich häufenden Versuche von Finanzminister Stächele, an der Bildung zu sparen, fordern wir Ministerpräsident Mappus auf, seinen Finanzminister zur Ordnung zu rufen. In der nächsten Legislaturperiode darf nicht an der Bildung gespart werden."